

Antrag

der Gruppe der PDS/Linke Liste

Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Gesundheitswesen in den neuen Bundesländern

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten für die Realisierung folgender Maßnahmen:

1. Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung der „Arbeitspendler“ mit Wohnsitz in einem der neuen Bundesländer werden – sowohl der Arbeitnehmer-, als auch der Arbeitgeberanteil – mit sofortiger Wirkung in die Krankenkassen im Osten gezahlt.
2. Die niedergelassenen Ärzte werden rückwirkend zum 1. April 1991 von den Krankenkassen mit dem Faktor 0,75 vergütet und ab 1. Januar 1992 wird die Gleichstellung aller niedergelassenen Ärzte im Bundesgebiet gesichert.

Bonn, den 16. April 1991

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Angesichts der mit Hunderttausenden zu beziffernden „Arbeitspendler“ aus den neuen in die alten Bundesländer gilt die Zuführung der Krankenversicherungsbeiträge in die Ostkassen als eine der wesentlichsten Voraussetzungen zur Sicherung und Erweiterung der jetzt eingeschränkten Leistungsmöglichkeiten der Krankenkassen in den neuen Bundesländern.

Die hohe und steigende Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern wirkt sich ohnehin einnahmемindernd für die Krankenkassen aus. Wenn der Vergütungsfaktor der niedergelassenen Ärzte nicht schnellstens spürbar angehoben wird, ist zu befürchten, daß ein großer Teil der mit vielen Belastungen neu eröffneten Praxen spätestens in zwei Jahren geschlossen werden muß. Neben der persönlichen Lage der Ärzte wäre dies für die medizinische Versorgung der Bevölkerung untragbar. Notwendig ist eine sich festigende neue Struktur im ambulanten Gesundheitswesen.

